

Bremen unter dem Regenbogen

Wahlprüfsteine des Lesbian- und Schwulenverbandes (LSVD) Niedersachsen-Bremen
zur 20. Bremischen Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen am 26. Mai 2019

Präambel

Politik hat die Aufgabe, ein diskriminierungsfreies Lebensumfeld für alle zu schaffen. Sie muss es allen Menschen garantieren können, zu jederzeit, an jedem Ort und ohne Angst vor Anfeindung verschieden sein zu können; Sei es in der Schule, im Sportverein, im Pflegeheim, im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz. Im Vorfeld der kommenden Landtagswahl am 26. Mai 2019 verschickt der Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen Wahlprüfsteine an die demokratischen Parteien in Bremen. Zu insgesamt sieben Themengebieten sind die Parteien gebeten, sich zu positionieren und Farbe zu bekennen. Der LSVD Niedersachsen-Bremen wird die Antworten auswerten und in einer entsprechenden Grafik eine Bewertung vornehmen.

1 „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ fortschreiben - Unterstützungsstrukturen für LSBTI langfristig absichern

Seit 2015 hat die Freie Hansestadt Bremen einen „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“. In der neuen Legislaturperiode kommt es darauf an, diesen Aktionsplan zu evaluieren, ihn fortzuschreiben und ihn auch weiterhin finanziell im Haushalt zu untersetzen. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI-Selbsthilfe, wie beispielsweise „Rat & Tat“ oder „Belladonna“, langfristig abgesichert werden.

- 1.1 *Welche Vorschläge haben Sie, damit der „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“ evaluiert, fortgeschrieben und auskömmlich finanziert werden kann?*
- 1.2 *Wie möchten Sie den regelmäßigen Austausch zwischen dem Bremer Senat, der Bürgerschaft, Vertretungen des LSBTI-Community und anderen Akteur*innen fortsetzen, um zum Beispiel den Aktionsplan weiterzuentwickeln?*
- 1.3 *Welche Ideen haben Sie, um dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bremen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?*

2 Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht erhöhen

Die selbstverständliche und gleichberechtigte Behandlung und Thematisierung von LSBTI-Lebensweisen und Identitäten müssen fester Bestandteil in den Lehrplänen aller Schularten und in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und pädagogischem Personal sein. Erziehende, Lehrende und Sozialpädagog*innen müssen kompetent über LSBTI-Lebensweisen und Identitäten aufklären und bei Mobbing intervenieren können. Auch die meist ehrenamtlich getragenen Schulaufklärungsprojekte leisten einen wichtigen Beitrag, der von Politik und Verwaltung unterstützt werden muss.

- 2.1 *Streben Sie die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten an und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese auch in den unterrichtsbegleitenden Materialien und Schulbüchern sichtbar werden? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel konkret umsetzen?*

- 2.2 *Wie möchten Sie dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die nicht heterosexuell sind und/oder nicht den vorherrschenden Geschlechternormen entsprechen, angstfrei zur Schule gehen können?*
- 2.3 *Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ weiter in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare an der Universität Bremen und am Landesinstitut für Schule Bremen verstetigt und mindestens jährlich angeboten werden?*

3 Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele LSBTI immer noch zur Lebensrealität. Homophobe und transfeindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird. Der Kampf gegen LSBTI-Feindlichkeit ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

- 3.1 *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Bremen eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen und Anfeindungen gegen LSBTI im Dunkelfeld sichtbar zu machen?*
- 3.2 *Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bremen reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?*
- 3.3 *Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten/-gemeinden von Bremen und/oder seiner Bezirke umgehen, die offen gegen homosexuelle oder transgeschlechtliche Menschen hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?*

4 Queere Geflüchtete schützen und LSBTI-inklusive Integration sicherstellen

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI, in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für LSBTI faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Auch unter den vielen in Bremen lebenden Migrant*innen gibt es LSBTI. Sie erfahren häufig mehrfache Diskriminierung. Innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft erleben viele ungleiche Chancen und Rassismus, nicht selten auch in der LSBTI-Community. Notwendig sind Informations- und Beratungsangebote, insbesondere in der Eltern-, Familien- und Jugendarbeit. Die Selbstorganisationen von LSBTI mit Migrationsgeschichte müssen angemessen öffentlich gefördert werden.

- 4.1 *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI Geflüchteten geschult werden? Falls ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?*
- 4.2 *Werden Sie der Erweiterung der sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ im Bundesrat um die Verfolgerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien und Georgien widersprechen und auch zukünftig dafür sorgen, dass keine weiteren Staaten aufgenommen werden?*

5 Familienvielfalt in Bremen stärken

Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Regenbogenfamilien auf, in denen mindestens ein Elternteil sich als lesbisch, schwul, bisexuell oder transgeschlechtlich versteht bzw. intergeschlechtlich ist. Eine moderne Familienpolitik soll alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt die unterschiedlichsten Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu, wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.

- 5.1 *Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags im Bundesland Bremen zu fördern?*
- 5.2 *Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?*
- 5.3 *Wie wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen?*

6 Vielfalt und Akzeptanz in allen Lebensaltern verwirklichen

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In diese Phase fällt für LSBTI zumeist ihr Coming-out, so dass ihre Lebenssituation zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt ist. Es muss gezielt auf ein diskriminierungsfreies Umfeld auch für LSBTI-Jugendliche hingearbeitet werden. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI ausgerichtet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte jedoch in allen Lebensphasen verwirklicht werden.

- 6.1 *Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch in der Versorgung und Unterstützung von Senior*innen für Akzeptanz und Respekt zu werben und eine kultursensible Pflege und Versorgung zu gewährleisten?*
- 6.2 *Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?*

7 Bremen tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein

Das Bundesland Bremen muss sich auch zukünftig auf Bundesebene für die Belange von LSBTI einzusetzen. Zu den wichtigsten Themen im Bundesrat gehören die Ergänzung von Art. 3 im Grundgesetz um das Merkmal sexuelle und geschlechtliche Identität, die umfassende Reformierung des TSG sowie die Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts für eine Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien.

- 7.1 *Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?*
- 7.2 *Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?*